

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 90618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verleger: W. Kuntzsch, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangos monatlich 2,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigerpreis: die 7spaltige Komparativzeile 50 Pf., davon 40 Pf. Druck- und Anzeigergebühren, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Aufsatz). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefverkehrgebühren 20 Pf.

Nr. 126.

Dresden, Mittwoch den 4. Juni 1919.

30. Jahrg.

Beratungen im Viererrat. — Die Schuld an der Revolution.

Wie der Telegraph aus Paris erfährt, hat am Montag nachmittags der Rat der Vier zum erstenmal die deutschen Gegenentwürfe untersucht. Ueber die Absichten und Bestrebungen der Entente-Männer bringen nach wie vor die verschiedensten Gerüchte an die Öffentlichkeit. Bald wird gemeldet, daß Wilson für größere, Clemenceau für geringere Änderungen der Bedingungen sei, dann soll es Wilson sein, der energisch gegen eine Abänderung der Bedingungen austritt. Jetzt soll wieder Lloyd George eine Kampagne zugunsten von Zusätzen begonnen haben, um Wilson und Clemenceau zu Zwickbrücken zu bringen, eine Wendung, die vom Main energisch demontiert wird. Viel ist auf dieses Ratsgespräch nicht zu geben, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Herren vom Viererrat jemand auf die Nase binden, was sie gegenüber den deutschen Gegenentwürfen zu tun gedenken. Wichtiger ist es sich selbst noch nicht klar, was sie tun sollen. Man kann schon glauben, daß ihnen die deutschen Gegenentwürfe einiglos Kopfschmerzen verursachen. Denn darüber dürfte die Herren klar sein, daß sie sich mit ihren Forderungen, die sie an Deutschland stellen, alsuächst in Widerspruch mit dem setzen, was sie selber selbst oft genug gesagt haben. Zum Ueberflus hat es der Präsident Wilson wieder einmal für notwendig gehalten, in einer schönen Rede den Ton anzuschlagen, den wir während des Kriegs so oft von ihm gehört haben. Bei einer Gedächtnisfeier zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen hielt er eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte, die Gefallenen seien nicht über den Ozean gekommen, um Deutschland und seine Verbündeten zu schlagen. Sie wollten die Gewalt, die die Mittelmächte darstellten, aus dem Wege räumen, von der sie gehört hätten, daß sie eine Herrschaft der Anmaßung und der Selbstsucht in der ganzen Welt errichten wollten. Endlich seien sie gekommen, um daran mitzuwirken, daß nie wieder ein ähnlicher Krieg unterommen werde. Er wies darauf hin, daß der Staatsmännern die Idee eingeflüßt habe, einen Völkerverbund zu stiften, und nicht nur eine Art Friedensschutz herbeizuführen. Sollte Herr Wilson sich wirklich nicht darüber klar sein, daß der Friedensschutz, wie er nach den Forderungen der Entente Deutschland auferlegt werden würde, wahrhaftig nicht geeignet ist, die Welt vor einem zukünftigen Kriege zu schützen, sondern daß er einen Unruheherd schafft, der für die ganze Welt verhängnisvoll sein muß. Die Herren vom Viererrat haben wahrlich alle Ursache, genau zu überlegen, ob sie nicht gut tun, auf die deutschen Gegenentwürfe einzugehen. Es mag sein, daß sie mit Unheil bedrängt werden würden, wenn sie ihren Willern einen Frieden heimbrächten, durch den Deutschland vollkommen zu Boden gedrückt wird. Aber die Ermächtigung wird bei den Ententevölkern kommen. Sie werden sehen, daß die Erdrostellung Deutschlands keinen Gewinn für sie bedeutet, daß Deutschland, wenn der Weltfrieden, den die Entente fordert, ihm aufgegeben wird, nicht dazu beitragen kann, die gewaltigen Lasten zu mildern, die auch die Ententevölker, besonders Frankreich, infolge des Krieges zu tragen haben werden, und wenn den Willern auf der Gegenseite die Augen darüber aufgehen, was ihre Staatsmänner in Paris angestrichelt haben, so werden sie diese Leute zur Rechenschaft ziehen, auch wenn sie die Herren jetzt noch so sehr als triumphierende Sieger bejubeln. Rücksicht darauf, eine Wiltierung der Friedensbedingungen zu erreichen, haben wir freilich nur, wenn wir möglichst bald zum Ausdruck bringen, daß in Deutschland ein völlig neuer Geist eingezogen ist. Wir würden sehr leicht handeln, wenn wir der Wahrheit zuwider so tun würden, als wenn das alte Deutschland ein unerschütterliches Lam gewesen wäre, das an dem Ausbruch des Weltkrieges auch nicht die geringste Schuld gehabt habe. Deshalb erfordert es nicht nur die Ehrlichkeit, sondern auch die Klugheit, daß wir die Sünden, die die alte Regierung begangen hat, zugeben, und deswegen ist es auch richtig, daß in der deutschen Note über die Schuldfrage die deutschen Verfehlungen, soweit solche wirklich vorliegen, auch besprochen worden sind. Daß sich die reaktionäre Presse darüber erlustert, ist nur allzu natürlich. Die Leute, die einen großen Teil der Schuld an dem Ausbruch des Krieges, wie der Niederlage tragen, tun natürlich alles, um die Aufmerksamkeit der Massen von ihren Vergehen gegen das deutsche Volk abzulenken. Deswegen verfahren sie gleich dem verhassten Ganer, der schreit: Sallet den Dieb!

Augen gewaltiam vor unzweifelhaften Tatsachen oder es liegt bei ihm ein Maß von Einfichtlosigkeit vor, das nicht zu überbieten ist. Keine wie immer geartete Regierung konnte im Herbst 1918 die Niederlage Deutschlands verhüten und eine Hinausschiebung des Waffenstillstandes hätte nur dazu geführt, daß noch schwerere Opfer an Gut und Blut hätten gebracht werden müssen, ohne daß auch nur die geringste Aussicht bestand, mildere Bedingungen zu erreichen. Das deutsche Volk dürfte nicht so vergeßlich sein, daß es sich von den Worten von der Kreuzzeitung einreden läßt, die jegliche deutsche Regierung sei Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands, und wenn die Kreuzzeitung die Schuldigen an der Revolution sucht, so wollen wir sie daran erinnern, daß ihre agrarischen Freunde durch die Zurückhaltung von Lebensmitteln und den Hunger nicht wenig dazu beigetragen haben, die Volksmassen aufs Äußerste zu empören und daß es das von den Konservativen stets verteidigte, in unserm Heer herrschende System war, das den gemeinen Mann rechtlos machte und Unmut und Verzweiflung in den Massen der Soldaten herbortrieben hat. Wenn die Herren von der Kreuzzeitung die Revolution hätten vermeiden wollen, so hätten sie dafür sorgen müssen, daß rechtzeitig die Angehörigen der breiten Massen draußen und drinnen als gleichberechtigzte Bürger behandelt wurden. Was zum letzten Augenblick aber haben sich gerade diese Leute gegen jede Erweiterung der Volkssrechte gesträubt und haben von der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nichts wissen wollen. Sie haben kein Recht, andern Leuten die Schuld an der Revolution zuzuschreiben.

Jahrmärkte!
In den Blättern, die der Revolution und der republikanischen Regierung die Schuld für den kommenden unglücklichen Frieden aufzubürden suchen, gehört selbstverständlich auch der Dresdner Anzeiger. Geben wir nur eine Blüte heraus, die sich in seiner heutigen Morgenauflage befindet:
Es besteht also im allgemeinen wenig Hoffnung, daß ein Erfolg der deutschen Gegenentwürfe zu erreichen sein wird und man muß sich auf alle Eventualitäten einrichten. Es liegt untrüglichen Augenschein vor der Hand, daß die deutsche Regierung ihre Konsequenzen klar zu ziehen hätte. Anstatt des Wilsonfriedens würde die brutale Macht allen Theorien und allen Hoffnungen der Friedensutopisten entgegen wieder einmal gestellt haben, wie es im Verlaufe der letzten Geschichte regelmäßig gewesen ist. Diejenigen Männer

Die Abwehrbewegung im Rheinland.
Erzberger hat dem General Nudant, dem Leiter der französischen Waffenstillstandskommission, einen sehr energischen Protest überreicht, in dem dagegen Einspruch erhoben wird, daß die französischen Behörden das Treiben der rheinischen Hochverräter begünstigen. Auch die heftige Regierung erhebt Einspruch gegen die Verleumdung der französischen Militärbehörden, den wahren Willensausdruck Rheinens zu knebeln. Die Demonstration gegen die Abtrennungsbemühungen in den besetzten Gebieten gehen inzwischen fort. In Wiesbaden soll der Herr von Stein inzwischen wieder freigelassen worden sein. Arbeiterführer haben von der Reichsregierung verlangt, daß sie sich außerhalb der Bewegung stellen und öffentliche Volksversammlungen genehmigen, eine Forderung, die abgelehnt worden ist. In Mainz demonstrieren Tausende von Arbeitern vor dem Stadthaus gegen die Verhaftung der Genossen Übung, Schulzbach und Joch.

In Höchst hat die Bürgerchaft einen Abwehrstreik begonnen. Eine Ansammlung von 5-6000 Personen bewegte sich durch die Stadt. In Nied sind die Eisenbahnwerte geschlossen. Auch in der Pfalz fanden große Demonstrationen statt, an denen sich viele Tausende beteiligten. Viele Betriebe sollen geschlossen haben.
Die Pfälzer Beamtenchaft hat beschlossen, im Falle der Ausrufung einer unabhängigen Republik diese nicht anzuerkennen und allen Aufträgen einer neuen Regierung nicht Folge zu leisten. Die französischen Behörden haben den Beamten einer deutschen Stadt gedroht, daß die am Generalstreik Beteiligten mit 5 Jahren Zuchthaus und Deportation bestraft werden sollen. In Koblenz sind 60 Deutsche verhaftet worden.
In Wiedrich mihandelte ein französischer Offizier einen Straßenbahnfahrer, der auf sein Geheiß nicht halten wollte, mit der Reitpistole. Der Fahrer verleihte dem Offizier mit einer Kugel einen so heftigen Schlag, daß ihm der Schädel gerätürmt wurde und der Offizier tot zusammenbrach. Da die französischen Soldaten der drohenden Oalung des Publikums wegen den Mann nicht festzunehmen wagten, ist er entkommen.
In Frankreich herrscht über die Proklamtion der rheinischen Republik große Freude. Im Temp wird zwar behauptet, daß eine Restauration Deutschlands nicht beabsichtigt sei, sondern daß die rheinische Republik nur

aber, die in der Hoffnung auf den Gerechtigkeitsfall und auf die angeblichen Ideale der Gegner die Rolle der Regierung übernommen haben und sie besser fortzuführen glaubten, als es dem alten System in Deutschland möglich gewesen ist, müßten dann selbst einsehen, daß ihre Politik völlig schiffbruch gelitten hat, wie das von unbesiegten Vorkämpfern in Deutschland längst festgestellt worden ist.
Die Blätter vom Schlags des Dresdner Anzeigers wissen natürlich recht gut, daß wir den Frieden der Unabhängigkeit nicht erst fordern, als Deutschland zusammengebrochen war, und daß wir ihn hätten haben können, als die Mittelmächte auf der Höhe ihrer militärischen Kraft standen. Damals gehörte der Dresdner Anzeiger zu dem Chorus, der denselben Wilsonfriedens verpötte und ablehnte, den er heute als einzige Rettung Deutschlands ansieht. Diese Leute scheinen seit dem August 1914 nach „konsequenter Politik“, eine Sehnsucht, die verständlich ist, denn sie selbst torsten seit jeher von einem gemeingefährlichen Unfinn zum andern.
Was hat nicht allein der Dresdner Anzeiger gefürchtigt! Einen Monat nach Kriegsausbruch forderte er förmlich: „Belgien bleibt unzer!“ — heute erklärt er die Annerkennungsbemühungen der Entente für unmenchlich und barbarisch. Er verpötte die „eigentliche Soldatenarmee“, die schon 1918 als ein Millionenheer in Frankreich stand. Er konnte aber keine nationalistiche Rafenjewe nicht hinausschauen, konnte sich eine deutsche Niederlage nicht denken, grih in seinen täglichen siegesrühenden Reuebrüchen bis auf Homer zurück, ging mit Bewunderung nach und nach mit Worten auf. Er forderte während den verurteilten U-Bootskrieg und schwahte allen Ehrgeiz umsonst nach. Bis heute ist kein Engländer am U-Bootskrieg verhängert, aber die den Krieg rasch entscheidenden Amerikaner bekamen wir auf den Hals. Was tat das brave, weißschauende Amisblatt? Es verpötte Wilson, die Aggressionen der Amerikaner und half nachweisen, daß die Amerikaner nennenswerte Truppenmassen gar nicht transportieren können — bald darauf standen auch schon an die Millionen tadelloser amerikanischer Mannschaften in Frankreich. Heute kreit das Blatt angesichts des Versäulter Gewaltfriedens: Wo bleibt der Wilsonfriede, wo bleibt die Gerechtigkeit? — und trat vor reichlich Jahresfrist für den West-Westowitser Gewaltfriede ein! Was in dieser Art vier Jahre lang inszeniert wurde, war politischer Jahrmärkte mit allen Sauwürstereien.
Daß solche, vom Gang der Ereignisse bis über die Ohren blamierten Europäer noch den Wert haben, anders irgendwemiger Schuld am Unglück zu spielen! Ach, es fällt der Anzeiger ja auch schwer, darum läßt er sich die alldeutschen Fallschirmzereien neuerdings aus Berlin telephonieren. Denn etwas muß er ja schließlich tun, um die anjälügligen Spuren seiner Kriegsbümmheiten zu verwischen.

Gegen den Bruch des Waffenstillstandes.
Berlin, 3. Juni. Ueber den Hochverrat am Rhein hat der Reichsminister Erzberger an den Vorsitzenden der deutschen Kommission in Spa Generalmajor Freiherren v. Hammerstein heute folgendes gedruckt:
Erzuche Sie, nach heute folgendes zur Kenntnis an Paris zu bringen: Die deutsche Regierung hat den französischen Behörden und der deutschen Regierung sind glaubwürdige Nachrichten darüber zugegangen, daß französische Besatzungsbehörden im linksrheinischen Gebiete unter Mißbrauch der ihnen durch den Waffenstillstand eingeräumten Befugnisse hochverräterische Bestrebungen in den besetzten Gebieten fördern und unterstützen. Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß sie infolge der Lage